

# Ungarn und das I. Vaticanum [Gabriel Adriányi]

Autor(en): **Waldmeier, Josef F.**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **26 (1976)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Une première lecture livre déjà quelques enseignements, confirmant les observations antérieures. Les procès-verbaux montrent que, si toutes les communautés se sont exprimées, le rapport entre le nombre des «comparants» et la population de celles-ci reste généralement faible. Les paysans dépendants, les manouvriers, n'ont guère été consultés et le monde agraire a dicté ses vues à travers la participation des laboureurs. Quant aux cahiers, des études thématiques, complétées par des recherches lexicologiques, permettront d'établir que des modèles ont circulé en Forez également, amenés de la ville à la campagne par les hommes de loi qui ont présidé les assemblées dans la grande majorité des cas. Si beaucoup de doléances reflètent les préoccupations des municipalités citadines, la mauvaise ordonnance de certaines «remontrances» et l'embarras que révèlent maints cahiers attestent de la spontanéité de nombreuses délibérations. Il s'y fait jour la crainte d'être chargé de nouveaux impôts, danger qu'on espère conjurer par un exposé de la situation «misérable» de la communauté. Les cahiers à modèles et ceux où le paysan a dicté se rejoignent dans la réponse à donner aux besoins de l'Etat. Pour tous, la solution aux difficultés passe par «la contribution commune, sans distinction d'ecclésiastiques, nobles ou privilégiés». La réclamation est générale contre la fiscalité et ses intermédiaires, particulièrement contre les aides et la gabelle. La critique de l'Ancien Régime se fait dans le monde rural aussi à travers celle de la seigneurie et par la résistance à la dîme.

Quant aux rapports entre les ordres, et bien avant les décisions de la future Assemblée nationale, certaines réformes sont déjà acquises. Le clergé et la noblesse, en Forez, ont promis l'abandon de leurs privilèges fiscaux. Les assemblées se placent, provisoirement, moins sous le signe de la confrontation que sous celui de la concertation pour faire triompher à Paris de grands principes et améliorer la situation locale par l'établissement d'Etats provinciaux. Aussi, on ne s'étonnera guère que le tiers état ait délégué, aux côtés de trois députés issus de ses rangs, un noble et que les trois ordres aient donné la même recommandation à leurs députés quant à la priorité à accorder à la «constitution du royaume» avant d'entrer en matière sur les propositions royales. Des décisions «mémorables» comme celles de la nuit du 4 août 1789 ne seront que l'enregistrement juridique d'une évolution sociale bien réelle. Le Forez en donne une nouvelle preuve.

*Peseux*

*André Bandelier*

GABRIEL ADRIÁNYI, *Ungarn und das I. Vaticanum*. Köln, Böhlau, 1975. 567 S. (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte. Band 5.)

Was Fürstprimas Simor in seiner Konzilsrede vom 20. Mai 1870, die Lehre der päpstlichen Unfehlbarkeit mit dem Sprichwort kritisierend, vortrug: «Habent sua fata libelli», gilt nach Meinung des Verfassers ebenfalls für seine Habilitationsschrift. Konnten die Akten und Dokumente im

Vatikanarchiv leicht benützt werden, so gestaltete sich die Erforschung der in den Archiven ganz Europas zerstreuten Quellen wesentlich schwieriger. Ausser dem Vatikanarchiv wurden dreiundzwanzig wichtige Archive ausgeschöpft. Auf das Durchgehen der anderen Archive musste bewusst verzichtet werden. Das Archivmaterial aus der Zeit von Kultusminister Baron Eötvös wurde 1956 im Budapester Staatsarchiv für immer zerstört. Verschollen bleiben die umfangreichen Konzilsakten des erzbischöflichen Ordinariates von Kalocsa. Von den dreibändigen Tagebüchern des Primas Simor existieren nur noch bescheidene Reste. Der bischöfliche Sekretär und römische Zeitungskorrespondent G. Jánosi verbrannte zwei Jahre vor seinem Tode die zweibändigen Privataufzeichnungen über das Konzil. Leider vernichtete Erzabt Kruesz von Pannonhalma/St. Martinsberg seine elf registrierten Briefe aus Rom, die, wie auch der selber vernichtete Teil seiner Autobiographie, auf die Konzilsereignisse Bezug hatten. Je ein wichtiger Brief des Bischofs Kovács und des Primas Simor an Msgr. Dupanloup konnten im beschädigten Nachlass Dupanlouns nicht mehr aufgefunden werden. Die Ergebnisse des Verfassers sind im wesentlichen dennoch beachtlich.

Aus einem aufgeklärt-rationalistischen Spätjosefinismus wuchs Ungarns Katholizismus ohne religiöse Erneuerung in einen dekadenten Liberalismus hinein. Der Episkopat fühlte sich infolge der äusseren und inneren Schwäche der katholischen Kirche zum Abschliessen zahlreicher Kompromisse gezwungen, wenngleich es ihm nicht an hervorragenden Führern wie Kardinalprimas Scitovszky und den Kardinälen Simor und Haynald als Wegweiser für kommende Jahrzehnte fehlte. «Der ungarische Episkopat gehörte zur Zeit des I. Vaticanums im Hinblick auf seinen apostolischen Eifer, seine theologische Bildung, seine vielseitigen Kenntnisse und seine Sprachbegabung zur Elite der Weltkirche» (S. 385). Er lehnte die Einberufung des Vaticanums nicht nur wegen der geschilderten Lage ab, sondern ihm schien eine Versöhnung der Kirche mit der neuen Welt gegebener als deren erneute Herausforderung. Die neue Zeit verlangte ein neues Verhältnis. Er versagte seine Mitarbeit am wider seinen Willen einberufenen Konzil keineswegs, sondern arbeitete mit 24 gehaltenen bedeutenden Konzilsreden aktiv mit. Der ungarische Episkopat verliess demonstrativ das Konzil in der Hoffnung, durch diesen Schritt die Rechtsgültigkeit der Unfehlbarkeitserklärung mangels moralischer Einstimmigkeit zweifelhaft zu machen. Am Tag nach der Abreise, dem 18. Juli 1870, erkannte Bischof Haynald allzuspät den gemachten Fehler. Ein geschlossenes Nein am 18. Juli 1870 hätte die Zweifel an der Ökumenizität des Konzils eher bestärkt als die geschlossene Abreise der Opposition. Man legte in Rom die Abreise der Minorität eher als Zustimmung zu den neuen Dogmen aus.

Nach der Unterwerfung der übrigen Opposition drängte Rom den ungarischen Episkopat immer mehr zur Zustimmung zu den vatikanischen Beschlüssen. Der ungarische Episkopat nahm zwar die Konzilsbeschlüsse für sich schliesslich an, weil sie nach seiner Meinung durch die Annahme der

meisten Bischöfe Rechtskraft erlangt hatten, aber er sah vor allem im Unterschied zu den Bischöfen Deutschlands und der Schweiz, noch aus politischen und seelsorgerlichen Gründen unterstützt, davon ab, die Vatikandekrete feierlich zu verkünden.

War der ungarische Katholizismus zu schwach, dem radikalen Liberalismus und dessen kirchenfeindlichen Gesetzen den offenen Kampf anzuzusagen, so beschritt er auch hinsichtlich der Papstdogmen den leichteren Weg: Es kam auf keiner Ebene zur einer Loslösung von der römischen Kirche. Der Altkatholizismus fand in Ungarn keinen Ansatzpunkt.

Der 386 Seiten beanspruchenden Abhandlung folgen 145 Seiten wichtiger Dokumente, 21 Seiten Zeittafeln und ein ausführliches Personenregister. Das Werk ist bereichert mit 16 Abbildungen und einer Karte über die römisch-katholische Kirchenorganisation in Ungarn in den Jahren 1853–1920.

Aarau

Josef F. Waldmeier

HARTMUT SCHUSTEREIT, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930*. Düsseldorf, Schwann, 1975. 296 S. (Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 9.)

Der methodisch originelle Parteienvergleich geht den Gründen nach, weshalb der sozialliberale Brückenschlag in der Weimarer Zeit glücklos war. Der Verfasser möchte wissen, was zwei Hauptträger der Republik miteinander wollten und voneinander dachten und ob mit den Grenzen ihrer Kooperationsbefähigung ihr gemeinsames Scheitern bereits vorgegeben war. Gegenstand ist dabei nicht so sehr die Politik, die der Untertitel in Aussicht stellt, sondern eher die Ideologie: mehr als die Ereignisgeschichte und die Entscheidungsfindung kommen Ziele und Programme, Partnerbilder und Selbstverständnisse unter die Lupe. Auch antworten die weitgehend unveröffentlichten, zumeist parteiamtlichen Quellen deutlicher auf Fragen an die DDP als an die SPD, präziser zu den Anfängen als zur puristisch verkürzten Endphase, schliesslich fast nur zu Problemen der Innenpolitik. Zwei wehrpolitische Kapitel wurden an anderer Stelle (Militärgesch. Mitt. 1974) veröffentlicht. Trotz derartiger Disproportionen und trotz Unterbelichtung der Parteistrukturen liefert die Studie verdienstvollen Ertrag. Er ist der exakten und undoktrinären Arbeitsweise des Verfassers zu danken.

Das Hauptergebnis besagt, dass der ideologische Abstand zwischen SPD und DDP bei allem Bemühen um Annäherung unüberbrückbar blieb (S. 271). Sie halfen sich, wenn es darum ging, das nachrevolutionäre Deutschland gegen Anfechtungen von rechts und ultralinks zu schützen. Schon seit den Stichwahlen (nicht Nachwahlen, so S. 20) von 1912 wurden sie zusammen mit dem Zentrum die lernenden Akteure der Demokratisierung. Aber ihre Ziele und Wertmassstäbe, ihr Menschenbild und ihr Bildungsbegriff, ihre Staatsideen und Gesellschaftsideale blieben einander fremd. Hielt die SPD